

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
§ 1 Einleitung	1
A. Einführung in die Problemstellung	1
B. Themenbegrenzung	2
C. Gang der Darstellung	3
§ 2 Grundlage und Erscheinungsformen des Vergütungsanspruchs	5
A. Das Anstellungsverhältnis als Grundlage des Vergütungsanspruchs	5
B. Die Zusammensetzung der Bezüge	11
C. Zwischenergebnis	14
§ 3 Dogmatische Grundlagen und bisheriger Diskussionsstand zur Herabsetzungsproblematik	17
A. Der Begriff der Krise	17
B. Die Maßgeblichkeit der Struktur der GmbH	18
C. Fremdgeschäftsführer und Gesellschafter-Geschäftsführer	23
D. Die dogmatischen Instrumentarien zur Änderung der Vergütungsabrede	24
E. Zwischenergebnis	37
§ 4 Überprüfung der vorgefundenen dogmatischen Ansätze	39
A. Keine generelle analoge Anwendbarkeit von § 87 Abs. 2 AktG auf die GmbH	39
B. Keine Anwendbarkeit des § 87 Abs. 2 AktG bei der mitbestimmten GmbH	48
C. Kritik der These von der Zustimmungspflicht zur Herabsetzung der Vergütung aufgrund organschaftlicher Treuepflicht bzw. aus § 242 BGB	50
D. Herabsetzung der Vergütung im Wege einer Änderungskündigung?	78
E. Herabsetzung der Vergütung unter Anwendung der Grundsätze über die Störung der Geschäftsgrundlage	95
F. Zwischenergebnis	119
§ 5 Die Herabsetzung der Geschäftsführervergütung im Licht sonstiger rechtlicher Vorgaben	121
A. Aus dem einfachen Gesetzesrecht abzuleitende Maßstäbe	121
B. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	143
C. Zwischenergebnis	145

§ 6 Die praktische Durchführung der Herabsetzung der Geschäftsführer- vergütung und die Haftungsfolgen im Fall ihrer Unterlassung	147
A. Die Herbeiführung der Beschlussfassung des zuständigen Gesellschaftsorgans über die Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	147
B. Die Durchsetzung der Herabsetzung der Vergütung gegenüber dem Geschäftsführer	184
C. Zwischenergebnis	190
§ 7 Schluss: Zusammenfassung der Ergebnisse	191
Abkürzungen	193
Literatur	197
Sachregister	221

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
§ 1 Einleitung	1
A. <i>Einführung in die Problemstellung</i>	1
B. <i>Themenbegrenzung</i>	2
C. <i>Gang der Darstellung</i>	3
§ 2 Grundlage und Erscheinungsformen des Vergütungsanspruchs	5
A. <i>Das Anstellungsverhältnis als Grundlage des Vergütungsanspruchs</i>	5
I. Das Verhältnis von Organstellung und Anstellungsverhältnis	6
II. Die Rechtsnatur des Anstellungsvertrags	7
III. Vorgaben für die Höhe der Vergütung	10
B. <i>Die Zusammensetzung der Bezüge</i>	11
I. Feste Vergütungsbestandteile	11
II. Variable Vergütungsbestandteile	13
III. Betriebliche Altersversorgung	14
C. <i>Zwischenergebnis</i>	14
§ 3 Dogmatische Grundlagen und bisheriger Diskussionsstand zur Herabsetzungsproblematik	17
A. <i>Der Begriff der Krise</i>	17
B. <i>Die Maßgeblichkeit der Struktur der GmbH</i>	18
I. GmbH ohne Aufsichtsrat	18
II. GmbH mit Aufsichtsrat	19
1. Obligatorischer Aufsichtsrat	19
2. Fakultativer Aufsichtsrat	22
3. Andere Gremien	23
4. Zusammenfassung	23
C. <i>Fremdgeschäftsführer und Gesellschafter-Geschäftsführer</i>	23
D. <i>Die dogmatischen Instrumentarien zur Änderung der Vergütungsabrede</i>	24
I. Vertragliche Regelung	25
1. Vertragsinhalt	25
a) Änderungsvertrag und Teilerlassvertrag	25
b) Stundungsvereinbarung und <i>pactum de non petendo</i>	27

2. Pflicht des Geschäftsführers zum Vertragsschluss	28
a) Pflicht des Geschäftsführers zur Zustimmung zur Herabsetzung der Vergütung aufgrund organschaftlicher Treuepflicht	28
b) Pflicht des Geschäftsführers zur Zustimmung zur Herabsetzung der Vergütung aufgrund Wegfalls der Geschäftsgrundlage	29
II. Kündigung	30
1. Änderungskündigung des Anstellungsvertrags	30
2. Teilkündigung einzelner Vergütungsbestandteile	31
III. Einseitiges Herabsetzungsrecht der Gesellschaft	32
1. Erforderlichkeit einer vertraglichen oder gesetzlichen Grundlage	32
2. Exkurs: Die Herabsetzung der Vorstandsvergütung in der Aktiengesellschaft kraft gesetzlichen Herabsetzungsrechts (§ 87 Abs. 2 AktG)	32
a) Die Entstehungsgeschichte von § 87 Abs. 2 AktG	33
b) Die Neuregelung von § 87 Abs. 2 AktG durch das VorstAG	35
c) Analoge Anwendung des § 87 Abs. 2 AktG?	36
E. Zwischenergebnis	37
§ 4 Überprüfung der vorgefundenen dogmatischen Ansätze	39
A. Keine generelle analoge Anwendbarkeit von § 87 Abs. 2 AktG auf die GmbH	39
I. Keine entsprechende Anwendung der Rechtsfolgen von § 87 Abs. 2 AktG	39
II. Fehlen der Voraussetzungen für eine Analogiebildung	42
1. Keine planwidrige Regelungslücke	42
2. Keine vergleichbare Interessenlage	45
B. Keine Anwendbarkeit des § 87 Abs. 2 AktG bei der mitbestimmten GmbH	48
C. Kritik der These von der Zustimmungspflicht zur Herabsetzung der Vergütung aufgrund organschaftlicher Treuepflicht bzw. aus § 242 BGB	50
I. Dogmatische Herleitung des Anspruchs der Gesellschaft auf Erteilung der Zustimmung des Geschäftsführers zur Herabsetzung seiner Vergütung	52
1. Organschaftliche Treuepflicht	52
a) Grundlage der organschaftlichen Treuepflicht	52
b) Keine Anwendbarkeit der Grundsätze über die organschaftliche Treuepflicht auf die Herabsetzungsproblematik	55
c) Abgrenzung der organschaftlichen Treuepflicht des Geschäftsführers von der mitgliedschaftlichen Treuepflicht der Gesellschafter	57
2. Grundsatz von Treu und Glauben	59
II. Voraussetzungen der Pflicht des Geschäftsführers zur Zustimmung zur Herabsetzung seiner Vergütung	60
1. Wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft	61
2. Schwere Unbilligkeit für die Gesellschaft	63
3. Berücksichtigung der Belange des Geschäftsführers	65

4. Eignung der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung als Beitrag zur Erholung der Gesellschaft	66
5. Kein Erfordernis pflichtwidrigen Verhaltens des Geschäftsführers	67
6. Keine Auswirkungen des VorstAG auf die GmbH	68
III. Rechtsfolgen der Zustimmungspflicht des Geschäftsführers zur Herabsetzung seiner Vergütung	69
1. Die Zustimmungspflicht des Geschäftsführers und ihre Geltendmachung durch die Gesellschaft	69
2. Die Reichweite der Zustimmungspflicht	71
a) Endgültige Herabsetzung oder bloßer Zahlungsaufschub?	71
b) Unbefristete oder befristete Herabsetzung?	72
c) Maß der Herabsetzung: bloße Beseitigung der Unbilligkeit für die Gesellschaft	72
d) Keine Anwendbarkeit auf Ansprüche aus dem beendeten Anstellungsverhältnis	73
e) Möglichkeit der rückwirkenden Herabsetzung	75
3. Sonderkündigungsrecht des Geschäftsführers	76
4. Die Behandlung des nachträglichen Wegfalls der Tatbestandsvoraussetzungen	77
D. Herabsetzung der Vergütung im Wege einer Änderungskündigung?	78
I. Arbeitsrechtliche Anforderungen an eine Änderungskündigung zur Entgeltsenkung	79
1. Anforderungen an die ordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung	79
2. Anforderungen an die außerordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung	80
3. Anforderungen an die ordentliche Änderungskündigung zum Zweck der Entgeltsenkung	81
4. Anforderungen an die außerordentliche Änderungskündigung zum Zweck der Entgeltsenkung	84
II. Anforderungen an eine Änderungskündigung zur Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	86
1. Kritik der bisherigen Rechtsprechung zur außerordentlichen Änderungskündigung des Anstellungsvertrags zum Zweck der Herabsetzung der Vergütung	86
2. Anwendbarkeit der arbeitsrechtlichen Maßstäbe zur Entgeltsenkung durch außerordentliche Änderungskündigung?	88
a) Betriebsbezogenheit des Prüfungsmaßstabs für die außerordentliche Änderungskündigung zur Entgeltsenkung	88
b) Die Änderungskündigung des Anstellungsvertrags als Beendigungsinstrument	89
3. Anforderungen an die außerordentliche Beendigungskündigung des Anstellungsvertrags	93
E. Herabsetzung der Vergütung unter Anwendung der Grundsätze über die Störung der Geschäftsgrundlage	95
I. Tatbestand des § 313 Abs. 1 BGB und Begriff der Geschäftsgrundlage	96

II.	Unzumutbarkeit für die Gesellschaft und Modifizierung der gesetzlichen Risikoverteilung	99
1.	Die gesetzliche Risikoverteilung: der Grundsatz »Geld hat man zu haben«	99
2.	(Drohende) Existenzvernichtung als Grenze der Zumutbarkeit für die Gesellschaft?	100
3.	Modifizierung der Risikoverteilung aufgrund der Einwirkungsmacht des Geschäftsführers auf die Risikosphäre der Gesellschaft?	102
4.	Modifizierung der Risikoverteilung aufgrund der Einordnung des Anstellungsvertrags als Vertrag der Fremdinteressenwahrung?	103
5.	Beachtlichkeit einer Gesellschafterstellung des Geschäftsführers?	106
III.	Rechtsfolgen des § 313 Abs. 1 BGB	106
1.	Der Anpassungsanspruch der Gesellschaft und seine Geltendmachung	106
a)	Der Anpassungsanspruch der Gesellschaft	106
b)	Die Geltendmachung des Anpassungsanspruchs durch die Gesellschaft mittels Erhebung der <i>dolo agit</i> -Einrede	107
c)	Die Bedeutung des Bestehens einer etwaigen Verhandlungspflicht der Parteien	108
2.	Inhalt und Reichweite des Anpassungsanspruchs	109
a)	Natur, Dauer und Maß der Herabsetzung	110
b)	Möglichkeit einer rückwirkenden Anpassung	111
c)	Eingriff in Ansprüche aus dem beendeten Anstellungsverhältnis	114
aa)	Ablösende Abfindungen	115
bb)	Zusätzliche Abfindungen	116
3.	Zeitliche Bindung und Kündigungsrecht des Geschäftsführers	117
IV.	Die Behandlung von Drittanstellungsfällen	118
F.	Zwischenergebnis	119
§ 5	Die Herabsetzung der Geschäftsführervergütung im Licht sonstiger rechtlicher Vorgaben	121
A.	<i>Aus dem einfachen Gesetzesrecht abzuleitende Maßstäbe</i>	121
I.	Gesetzliche Grenzen der Herabsetzung	121
1.	§ 138 Abs. 1 BGB als Grenze der Herabsetzung	121
2.	Beachtung des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes	121
II.	Gesetzliche Anforderungen an vertragliche Herabsetzungsklauseln	122
1.	AGB-Kontrolle von Herabsetzungsklauseln	122
a)	Eröffnung des Anwendungsbereichs der §§ 305 ff. BGB	122
b)	Inhaltskontrolle von Herabsetzungsklauseln (§ 308 Nr. 4 BGB und § 307 BGB)	125
2.	Inhaltskontrolle von Individualvereinbarungen	128
III.	Gesetzliche Anforderungen an die Ausübung eines vertraglich vereinbarten Herabsetzungsrechts	129
1.	Ausübung eines einseitigen Leistungsbestimmungsrechts nach § 315 BGB	129
2.	Ausübungskontrolle nach § 242 BGB	130
IV.	Die Behandlung von Ruhegehaltzzusagen unter Berücksichtigung des BetrAVG	130

1. Grundlegung	130
a) Unterscheidung der relevanten Phasen und Eingriffsobjekte	130
b) Keine Anwendbarkeit des BetrAVG auf unternehmerisch tätige GmbH-Geschäftsführer	131
c) Eintritt des Versorgungsfalls und Unverfallbarkeit der Versorgungsanwartschaft	132
2. Möglichkeiten der Kürzung von Ruhegehaltzzusagen	133
a) Eingriff in Ruhegehaltzzusagen während der Anstellung	133
aa) Eingriff in noch nicht erworbene Anwartschaften	133
bb) Eingriff in erworbene Anwartschaften	136
b) Eingriff in Ruhegehaltzzusagen nach dem Ende der Anstellung	136
aa) Widerruf aufgrund wirtschaftlicher Notlage der Gesellschaft bzw. nach den Grundsätzen der Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage	137
bb) Widerruf aufgrund schwerer Verfehlungen des Geschäftsführers	141
3. Vertragliche Vereinbarungen über die Kürzung von Ruhegehaltzzusagen	141
a) Widerrufsvorbehalt bezüglich erworbener Anwartschaften und bestehender Versorgungsansprüche	141
b) Widerrufsvorbehalt bezüglich noch nicht erworbener Anwartschaften	143
B. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	143
C. Zwischenergebnis	145
§ 6 Die praktische Durchführung der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung und die Haftungsfolgen im Fall ihrer Unterlassung	147
A. Die Herbeiführung der Beschlussfassung des zuständigen Gesellschaftsorgans über die Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	147
I. Der Herabsetzungsbeschluss der Gesellschafter	148
1. Herbeiführung eines Gesellschafterbeschlusses	148
a) Einberufungskompetenz des Geschäftsführers und Bestehen einer Einberufungspflicht	148
b) Beschlussfassung der Gesellschafter bei Untätigbleiben des Geschäftsführers	150
aa) Einvernehmliche Beschlussfassung durch alle Gesellschafter	150
bb) Einberufung der Gesellschafterversammlung durch eine Minderheit nach § 50 GmbHG	151
cc) Einberufung der Gesellschafterversammlung durch Minderheitsgesellschafter im Wege der Gesellschafterklage	151
dd) Einberufung der Gesellschafterversammlung durch den Aufsichtsrat	153
ee) Beschaffung der erforderlichen Informationen für die Gesellschafter durch Ausübung des Auskunfts- und Einsichtsrechts nach § 51a GmbHG	154

c) Haftung des Geschäftsführers für das Unterlassen der Einberufung und Information der Gesellschafter	154
2. Herbeiführung der Beschlussfassung im Sinne einer Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	156
a) Kein Stimmverbot des Gesellschafter-Geschäftsführers nach § 47 Abs. 4 GmbHG	157
b) Nichtigkeit der Stimmabgabe aufgrund Treuwidrigkeit	158
c) Anfechtbarkeit des Beschlusses wegen Verstoßes gegen die Sorgfaltspflicht	159
d) Gerichtlichliche Geltendmachung von Nichtigkeit und Anfechtbarkeit des Beschlusses im Hauptsacheverfahren	160
aa) Fälle treuwidriger Stimmabgabe	160
bb) Fälle sorgfaltspflichtwidriger Stimmabgabe	161
e) Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes im Fall der treuwidrigen Stimmabgabe	162
3. Haftung des Gesellschafters gegenüber der Gesellschaft für das Unterlassen der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	164
a) Keine Haftung aus §§ 30, 31 GmbHG	164
b) Schadensersatzanspruch der Gesellschaft	165
c) Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	167
4. Ansprüche der Gesellschafter untereinander	170
a) Haftung der Gesellschafter untereinander für das Unterlassen der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	170
b) Anspruch auf Unterlassen der treuwidrigen Stimmabgabe	171
II. Der Herabsetzungsbeschluss des Aufsichtsrats	171
1. Herbeiführung eines Aufsichtsratsbeschlusses	172
2. Herbeiführung der Beschlussfassung im Sinne einer Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	174
a) Nichtigkeit der Stimmabgabe aufgrund von Treuwidrigkeit	174
b) Nichtigkeit des Beschlusses wegen Verstoßes gegen die Sorgfaltspflicht	175
3. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Gesellschaft für das Unterlassen der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	176
a) Haftung nach §§ 116, 93 AktG	176
aa) Bedeutung von § 116 Satz 3 AktG	176
bb) Schuldhafter Sorgfaltspflichtverstoß	177
b) Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	181
aa) Geltendmachung durch die Gesellschaft	181
bb) Geltendmachung durch die Gesellschafter	182
cc) Geltendmachung durch die Gläubiger der Gesellschaft	182
4. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder gegenüber den Gesellschaftern für das Unterlassen der Herabsetzung der Geschäftsführervergütung	183
B. <i>Die Durchsetzung der Herabsetzung der Vergütung gegenüber dem Geschäftsführer</i>	184
I. Vorprozessuale Durchsetzung der Herabsetzung	184
II. Prozessuale Durchsetzung der Herabsetzung	185
III. Keine Haftung des Geschäftsführers für die Verweigerung der Zustimmung zur Herabsetzung der Vergütung	186

1. Keine Haftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG wegen Verletzung einer Zustimmungspflicht	186
2. Keine Haftung wegen Verletzung von Neuverhandlungspflichten im Rahmen des § 313 BGB	187
3. Keine Haftung nach §§ 43 Abs. 3, 30 Abs. 1 GmbHG	187
4. Keine Haftung nach § 64 GmbHG	188
C. Zwischenergebnis	190
§ 7 Schluss: Zusammenfassung der Ergebnisse	191
Abkürzungen	193
Literatur	197
Sachregister	221